



Soziale Angebote in Gefahr!

Umfrage zur finanziellen Lage der sozialen Arbeit.



Vorbemerkung

Angesichts der massiven Kostensteigerungen im Bereich Energie hatte der Paritätische Gesamtverband bereits im Oktober 2022 Alarm geschlagen: Im Rahmen einer Umfrage, an der sich damals rund 1.665 Organisationen beteiligten, wurde die angespannte Lage gemeinnütziger sozialer Einrichtungen und Dienste deutlich. Erwartet wurden drastische Kostensteigerungen, ein Großteil der Befragten befürchtete, das eigene Angebot maximal noch ein Jahr fortführen zu können, viele sahen sich in ihrer Existenz bedroht.¹ Die Inflation blieb dabei nicht auf Energiepreise begrenzt, Preise stiegen seit Jahresbeginn 2022 auch für andere Produkte und Dienstleistungen sowie insbesondere für Nahrungsmittel, die aktuell noch immer zu den großen Inflationstreibern gehören. So verteuerten sich die Preise für Nahrungsmittel im September 2023 allein um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.² Hinzu kamen Tarifabschlüsse, die zu steigenden Personalkosten führen. Kann man eine bessere Bezahlung gerade auch vor dem Hintergrund akuten Arbeitskräftemangels und im Sinne guter Arbeitsbedingungen auch in der sozialen Arbeit nur begrüßen, läßt sich aber auch nicht übersehen, dass diese für gemeinnützige Einrichtungen andererseits aufgrund vielfach unzureichender Refinanzierung eine zusätzliche nur schwer oder manchmal auch gar nicht zu schulternde Belastung darstellt.

Während der Betrieb staatlicher Einrichtungen aus Steuermitteln gewährleistet wird und große gewerbliche Träger in wirtschaftlich guten Zeiten Rücklagen bilden dürfen, ist das bei gemeinnützigen Trägern in nur sehr engen Grenzen der Fall. Sie erwirtschaften nur in geringem Umfang Gewinne und müssen diese zeitnah in gemeinnützi-

ge Zwecke reinvestieren. Diese Einschränkungen, die aus ihrer gemeinnützigen Ausrichtung folgen und die eine wichtige Voraussetzung dafür sind, dass so viele Menschen sich ehrenamtlich in diesen Organisationen engagieren, machen gerade die gemeinnützigen sozialen Dienste besonders verwundbar. Gerade sie sind es jedoch, die in der Krise besonders gebraucht werden. Ihre Angebote sind nicht nur für die ihnen anvertrauten Menschen wichtig, sondern auch für die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur in der Fläche. Eine Umfrage der Arbeiterwohlfahrt (AWO) aus diesem Sommer unterstrich, dass neben dem Fachkräftemangel insbesondere die unzureichende Finanzierung die Arbeitsfähigkeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen massiv gefährdet.³

In diese ohnehin hoch angespannte Lage platzte Anfang Juli 2023 die Ankündigung der Bundesregierung, im Bundeshaushalt 2024 millionenschwere Kürzungen im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege vorzunehmen. Insgesamt drohen nach aktuellen Planungen Kürzungen in Programmen des Bundes für die Freie Wohlfahrtspflege und ihre Untergliederungen um rund 25 Prozent. Die Pläne zwingen zu massiven Einschnitten bei sozialen Angeboten: von Freiwilligendiensten über die psychosoziale Versorgung Geflüchteter bis hin zur Unterstützung Arbeitsuchender.

Eine weitere massive Gefährdung der sozialen Infrastruktur vor Ort droht durch die Ausfälle, insbesondere bei den Gewerbesteuern, die das von Bundesfinanzminister Lindner vorgelegte Wachstumschancengesetz bewirken würde. Neben den gravierenden Steuerausfällen bei Bund und Land wären gerade die Kommunen von Steuerausfällen durch dieses Gesetz betroffen. So warnt der Deutsche Städtetag vor Steueraus-

1 <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/umfrage-in-sozialen-einrichtungen-zu-steigenden-energiekosten-90-prozent-der-einrichtungen-und-dienste-sind-gefaehrdet/>

2 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/10/PD23_405_611.html

3 <https://awo.org/umfrage-sozialen-einrichtungen-fachkraef-temangel-und-kuerzungen-bedrohen-die-soziale-versorgung>

fällen für die Kommunen von bundesweit mehr als sieben Milliarden Euro.⁴ Dabei drohen freiwillige Leistungen in vielen Kommunen auf der Strecke zu bleiben.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Diakonie Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) haben vor diesem Hintergrund eine Eilumfrage zur finanziellen Lage sozialer Arbeit durchgeführt. Wir wollten wissen: Welche Auswirkungen haben bisherige Kostensteigerungen und drohende Kürzungen auf soziale Einrichtungen und Organisationen und in der Folge für die Klient*innen, die auf diese Angebote angewiesen sind, konkret?

Die teilstandardisierte Online-Umfrage fand im Zeitraum vom 29. September bis zum 10. Oktober 2023 statt. Der Rücklauf von 2772 validen Fragebögen war trotz der Kurzfristigkeit enorm.

Die Befunde sind erschütternd: 40 Prozent der befragten Organisationen/Einrichtungen mussten bereits Angebote/Leistungen für ihre Klient*innen einschränken und/oder sogar ganz einstellen, 65 Prozent rechnen damit, kurzfristig (noch in diesem Jahr oder spätestens ab 2024) weitere Angebote/Leistungen einschränken oder ganz einstellen zu müssen. 94 Prozent der Befragten gehen nicht davon aus, dass die

⁴ <https://www.staedtetag.de/presse/pressemitteilungen/2023/wachstumschancengesetz-kommunen-fuerchten-steuerausfaelle-in-milliardenhoehe>

derzeitige Finanzierungssituation ihrer Organisation/Einrichtung ausreicht, um erwartete Kostensteigerungen gänzlich zu kompensieren. 59 Prozent der Befragten rechnen zudem für die kommenden Monate mit (weiteren) Einschnitten auf der Einnahmenseite.

Die Ergebnisse zeigen: Es bahnt sich eine Katastrophe für die soziale Infrastruktur an. In manchen Bereichen stehen wir bereits jetzt an der Klippe, soziale Angebote und Dienste drohen in großem Maße komplett wegzubrechen. Dies hätte enorme Konsequenzen für unser Gemeinwesen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und all jene Menschen, die in schwieriger Lebenslage auf Hilfe, Beratung, Unterstützung und einen stabilen Sozialstaat angewiesen sind.

Wir fordern daher den Bund auf, bei der anstehenden Haushaltsaufstellung von seinen Kürzungen im Sozialen - von den Freiwilligendiensten bis zur Migrationsberatung - Abstand zu nehmen. Was es darüber hinaus braucht, ist eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen, um soziale Infrastruktur in der Fläche zu erhalten. Schließlich fordern wir den Bundesfinanzminister auf, sich auch notwendigen steuerpolitischen Reformen nicht länger zu verschließen, um die Einnahmen des Staates nachhaltig und solidarisch zu stärken. Dazu muss auch eine ehrliche Auseinandersetzung über die Einhaltung der Schuldenbremse gehören.

„Es wird Zeit, dass die Politik einschreitet. Wir arbeiten täglich am Limit, man darf nicht darüber nachdenken, wie es weitergeht, da die Kostenspirale längst im Gang ist und die Kunden schon jetzt die Leistung, die sie eigentlich bräuchten, nicht mehr finanzieren können.“

„Ich bin wütend und fassungslos, dass die Gesellschaft durch die Haushaltskürzungen im Bereich der sozialen Arbeitsfelder so beschnitten wird! Die sozialen Arbeitsfelder sind absolut notwendig und sollten mehr Ausbau und Unterstützung erfahren.“

Methodisches und Stichprobe

Die teilstandardisierte Online-Umfrage bestand aus 18 Fragen und fand im Zeitraum 29. September bis 10. Oktober 2023 statt. Die Teilnahme war anonym und freiwillig. Beworben wurde die Umfrage über Mail-Verteiler und Newsletter von AWO, Diakonie und Paritätischem Wohlfahrtsverband sowie über die sozialen Medien. Insgesamt gingen 2772 valide Fragebögen ein.

Die teilnehmenden Organisationen/Einrichtungen sind in der Regel gemeinnützige Organisationen (mit wenigen Ausnahmen: gewerbliche und kommunale Träger sowie Freiberufler*innen), wobei diese insbesondere aus Mitgliedschaft und Untergliederungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der Diakonie Deutschland und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) stammen. Insgesamt beteiligten sich 72 Organisationen, die in mehreren Bundesländern bzw. bundesweit aktiv sind, darunter u.a. Organisationen der Gesundheitsselbsthilfe.

Es gibt Teilnehmer*innen aus allen Bundesländern (Tabelle 1). Mit 1417 Teilnehmer*innen kommen 51 Prozent der Befragten aus den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg.

Nach den Beschäftigtenzahlen (gemessen in Vollzeitäquivalenten) handelt es sich mit 67 Prozent bei den Befragten überwiegend um kleinere Organisationen/Einrichtungen (weniger als 10 bzw. 10 bis 49 Beschäftigte). Mittlere Organisationen/Einrichtungen (50 bis 199 Beschäftigte) machen 19,5 Prozent aus, große Organisationen/Einrichtungen 200 bis 499 bzw. 500 und mehr Beschäftigte) 13,5 Prozent (N=1609) (Tabelle 2).⁵

⁵ Gefragt nach Personal allgemein verschiebt sich das Bild etwas: über die Hälfte der Befragten (rund 55 %) sprachen für kleine Organisationen/Einrichtungen, 24 Prozent für mittlere (50 bis 199 Beschäftigte) Organisationen/Einrichtungen und rund 20 Prozent für große Organisationen/Einrichtungen. Hierbei wurden allerdings teilweise, wie den Anmerkungen zu entnehmen war, auch Ehrenamtliche mitgezählt (N=2714).

Insgesamt sind in den Organisationen/ Einrichtungen, die auch Angaben zu Vollzeitäquivalenten machten 261.721 Menschen beschäftigt.

Tabelle 1:

Teilnehmer*innen nach Bundesland	
Baden-Württemberg	256
Bayern	293
Berlin	182
Brandenburg	81
Bremen	44
Hamburg	77
Hessen	239
Mecklenburg-Vorpommern	77
Niedersachsen	301
Nordrhein-Westfalen	567
Rheinland-Pfalz	110
Saarland	23
Sachsen	126
Sachsen-Anhalt	61
Schleswig-Holstein	106
Thüringen	106
mehrere Bundesländer/bundesweit	72
keine Angabe	51
Gesamt	2772

Tabelle 2:

Organisationen nach Größe (Anteil in %)	
Zahl der Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten)	
weniger als 10	37,2
10 bis 49	29,8
50 bis 199	19,5
200 bis 499	8,3
500 und mehr	5,2

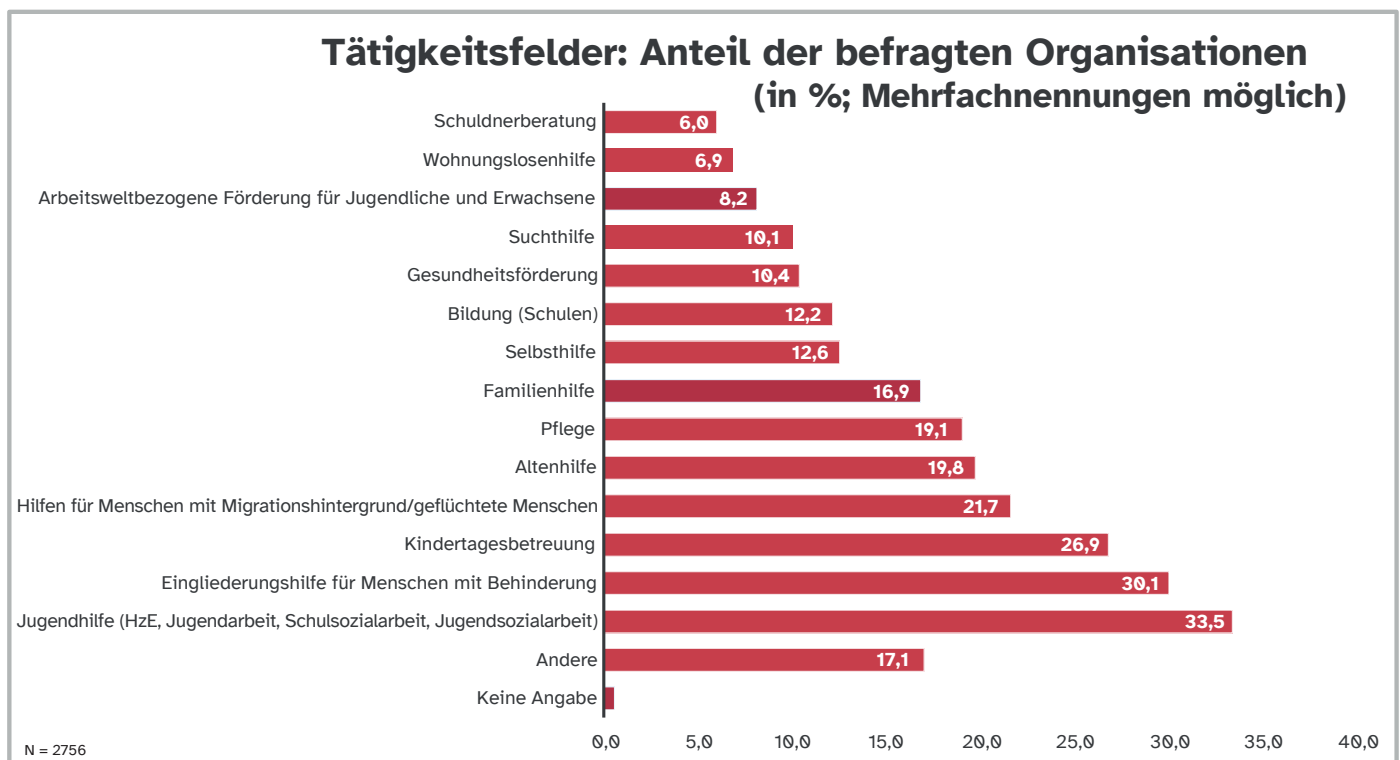
Die Befragten decken dabei alle Tätigkeitsfelder der sozialen Arbeit ab. Jede dritte befragte Organisation/Einrichtung ist im Bereich der Jugendhilfe aktiv, 30 Prozent in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, jede*r vierte Befragte ist in der Kindertagesbetreuung tätig, jeweils rund 20 Prozent und damit jede fünfte Organisation/Einrichtung in der Migrationsarbeit/Flüchtlingshilfe sowie der Altenhilfe/Pflege (Abbildung 1).

Entsprechend ist auch das gesamte Spektrum unterschiedlicher Finanzierungsformen sozialer

Arbeit vertreten, von Entgelt- über Zuwendungsfinanzierung bis zu verschiedenen Mischfinanzierungen.

Die Zahl der Klient*innen, die durch die befragten Organisationen/Einrichtungen beraten/betreut/versorgt werden, variiert je nach Tätigkeitsfeld, Größe und Form der Organisation/Einrichtung erheblich. Im Tagesdurchschnitt werden nach eigenen Angaben durch die befragten Organisationen/Einrichtungen insgesamt rund 377.112 Menschen beraten/betreut/versorgt (N=2321).

Abb 1:



„Nur noch große Jugendhilfeträger überleben. Kleine, individuelle Angebote sind nur noch schwer zu halten. Das wird die Vielfalt der Angebote stark einschränken. Noch dazu kommt der Fachkräftemangel. Dies zwingt zur Schließung von eventuell gut laufenden Angeboten.“

Kostenentwicklung

97 Prozent der Befragten gaben an, dass die Kosten seit dem 1. Januar 2022 gestiegen sind.

Bei jeweils einer überwiegenden Mehrheit sind dabei die Kosten für Personal (93 %), Strom (86 %), Wärme (85 %) und für den Wareneinkauf allgemein (77 %) gestiegen. Jeweils fast die Hälfte gab zudem an, mit Kostensteigerungen im Bereich von Investitionen (49 %) und Mieten (48 %) konfrontiert gewesen zu sein (Abbildung 2).

Die Kosten insgesamt sind dabei im Durchschnitt um 16 Prozent gestiegen und liegen damit über der allgemeinen Inflation (12 %).

Weitere Kostensteigerungen werden von einer Mehrheit der Befragten für Personal (90 %), Wärme (57 %), Strom und Wareneinkauf (je 56 %) noch im Laufe dieses Jahres bzw. ab 2024 erwartet. Mehr als ein Drittel der Befragten rechnet zudem mit weiteren Kostensteigerungen im Bereich der Mieten (38 %) und Investitionen (36 %) (Abbildung 3).

Abb 2:

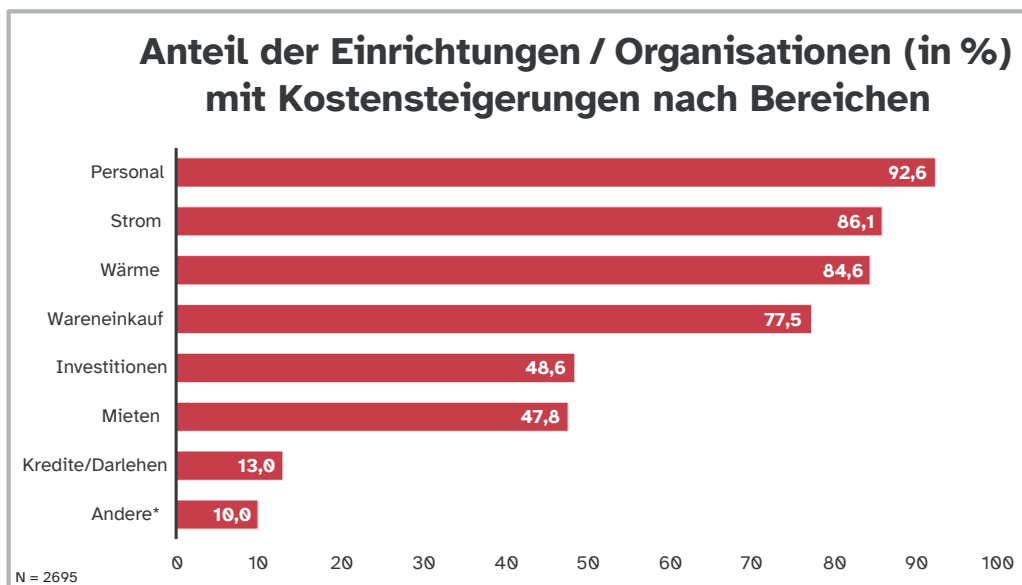
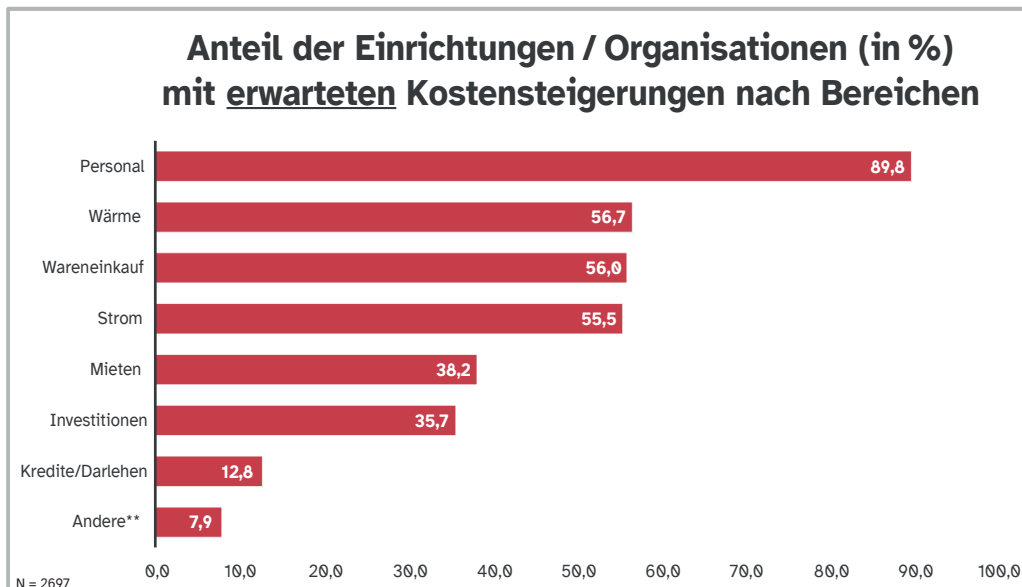


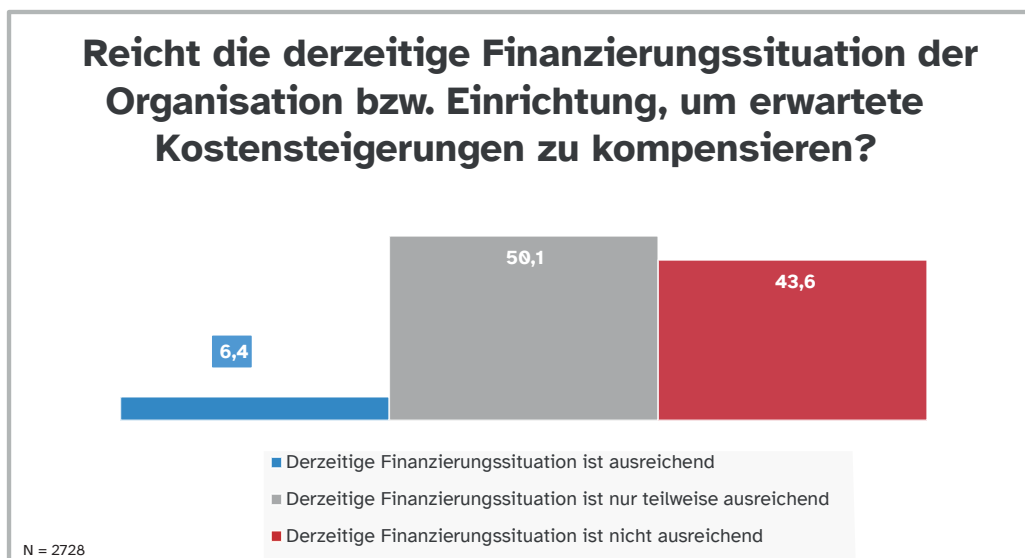
Abb 3:



Kompensation von Kostensteigerungen

94 Prozent der Befragten gehen nicht davon aus, dass die derzeitige Finanzierungssituation ihrer Organisation/Einrichtung ausreicht, um erwartete Kostensteigerungen gänzlich zu kompensieren.

Abb 4:



Auf die Frage, wie bisherige oder erwartete Kostensteigerungen kompensiert werden, ergibt sich ein differenziertes Bild (vgl. Abbildungen 5a und 5b, S.8).

Rund 60 Prozent der Befragten bekommen einen Teil der Kostensteigerungen durch Leistungsträger refinanziert, im Durchschnitt zu 42 Prozent. 72 Prozent der Befragten und damit fast drei Viertel haben durch interne Einsparungen und Umschichtungen durchschnittlich 21 Prozent der Kosten sparen können. Über die Akquise von Spenden konnten 32 Prozent der Befragten im Durchschnitt rund 16 Prozent der Kostensteigerungen kompensieren.

40 Prozent der Befragten kompensieren die Kostensteigerungen auch durch höhere Beiträge

für Klient*innen/Nutzer*innen, wobei hiermit im Schnitt 20 Prozent der gestiegenen Kosten kompensiert werden können. Dies wird von den Befragten jedoch sehr kritisch bewertet. So seien auch die Klient*innen selbst ohnehin durch die allgemeinen Preissteigerungen und einen realen Kaufkraftverlust betroffen. Eine Umfrage der Arbeiterwohlfahrt (AWO) untermauert diesen Befund: 85 Prozent der Befragten in Einrichtungen und Diensten der sozialen Arbeit gaben an, dass Klient*innen unter gestiegenen Lebenshaltungskosten leiden. 75 Prozent beobachteten, dass die Betroffenen daher ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränken müssen. Im Ergebnis könnten sich viele, die besonders auf Unterstützung angewiesen sind, Angebote nicht mehr leisten, so dass es in der Praxis zu Unterversorgungslagen und neuen Ausschlüssen komme (siehe Fußnote 3).

Abb 5a:

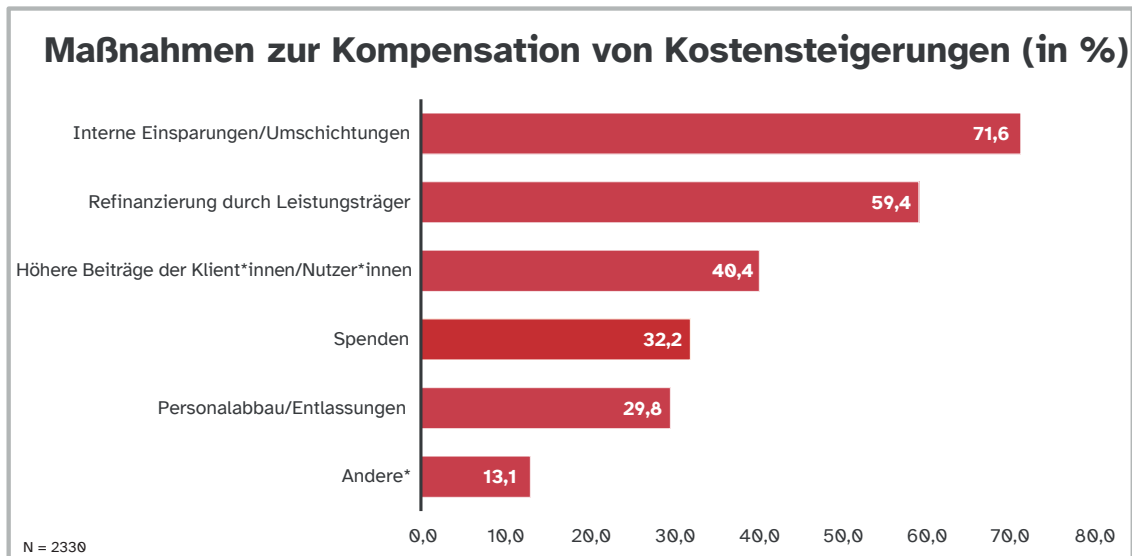
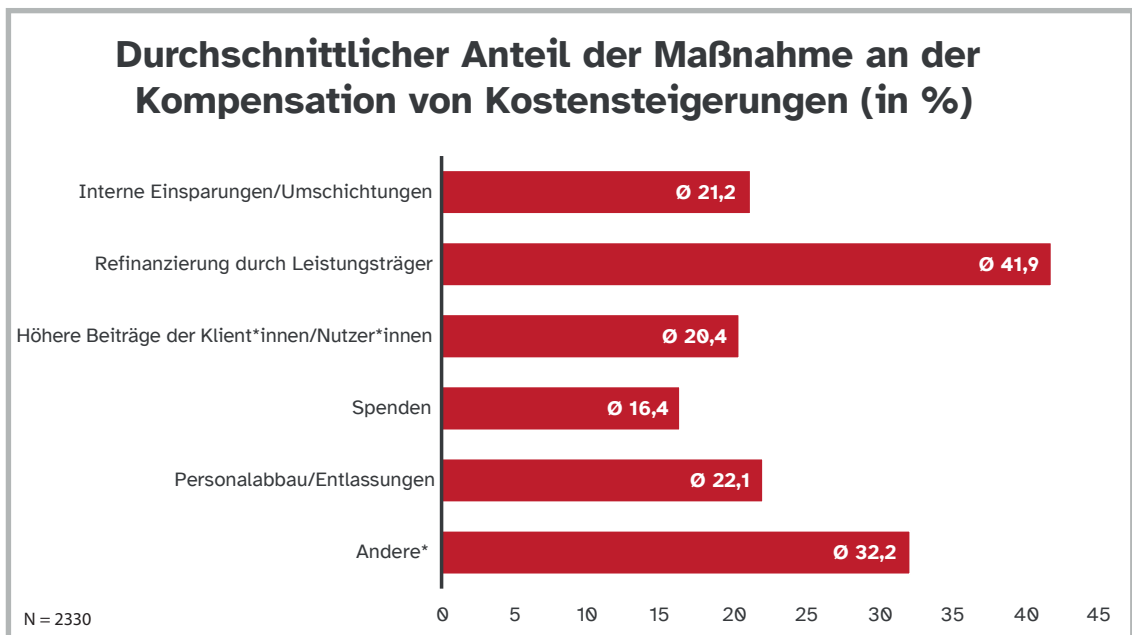


Abb 5b:



Fast jede dritte befragte Organisation/Einrichtungen musste zur Kompensation Personal abbauen bzw. plant Entlassungen, was im Durchschnitt 22 Prozent zur Kostenersparnis beiträgt. Dies ist nach Angaben der Befragten aufgrund des ohnehin bestehenden Fachkräftemangels dabei besonders schmerzhaft und führt ebenfalls zu deutlichen Einschränkungen der Angebote für Klient*innen.

Insgesamt wurde deutlich, dass die Organisationen/Einrichtungen kaum einen Weg unversucht

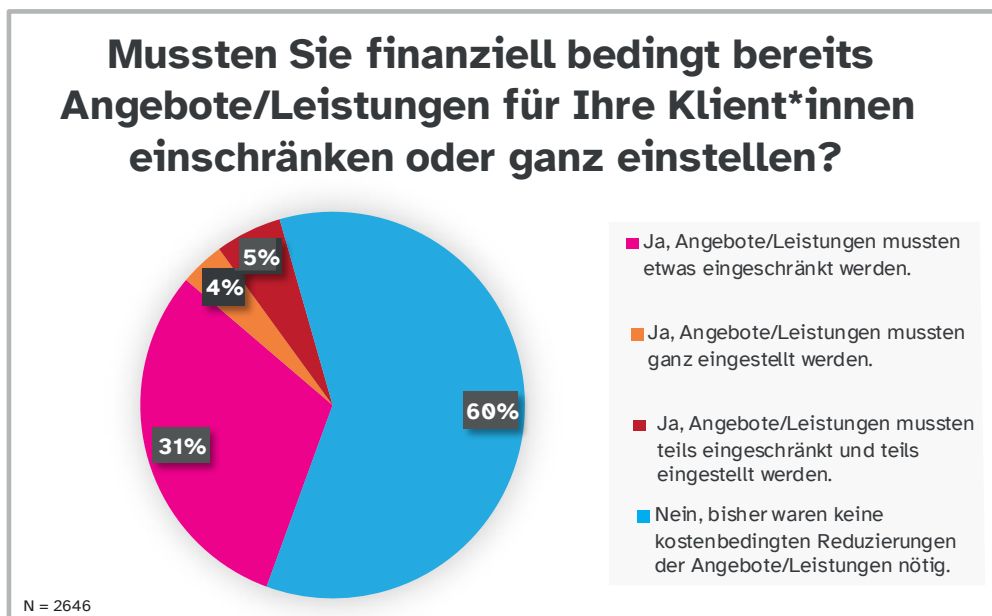
lassen, aus eigenen Kräften die schwierige finanzielle Lage zu bewältigen. Berichtet wurde u.a., dass vielfach etwaige vorhandene Rücklagen aufgebraucht wurden und verstärkte Anstrengungen unternommen werden, andere Finanzierungsquellen zu akquirieren, bspw. durch neue Projekte oder Spendeneinwerbung. Die Zeit, die hierfür betrieben werden muss, fehlt dabei vielfach ebenfalls praktisch in der Arbeit mit und für die Klient*innen und Nutzer*innen der Angebote und Leistungen.

Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur

40 Prozent der befragten Organisationen/Einrichtungen mussten bereits Angebote/Leistungen für ihre Klient*innen einschränken und/oder sogar ganz einstellen (Abbildung 6).

In der Praxis bedeutet das sowohl quantitative als auch qualitative Einschränkungen zu Lasten der sozialen Infrastruktur, wie die Befragten anhand von Beispielen plastisch schildern.

Abb 6:



Öffnungszeiten wurden zu Lasten von Umfang und Flexibilität eingeschränkt, Sprechzeiten reduziert und teilweise auch erstmals Schließzeiten oder ganze Schließtage eingeführt. Präsenzberatung wurde durch telefonische oder elektronische Beratung ersetzt, es gibt grundsätzlich weniger Beratungstermine, v.a. weniger Einzelgespräche oder mobile Angebote wie aufsuchende Beratung, Hausbesuche oder Essen auf Rädern. Gruppen wurden vergrößert und Betreuungsschlüssel verschlechtert. Vielfach mussten erstmals Wartelisten für Angebote und Leistungen eingeführt werden, teilweise wurden Aufnahmestopps verhängt, so dass Hilfebedürftige abgewiesen werden müssen und bspw. Plätze in Frauenhäusern oder Pflegebetten nicht mehr belegt werden. Vereinzelt mussten Wohngruppen, Sozialkaufhäuser oder sozialraum-

orientierte Angebote bereits komplett geschlossen werden. Die Einschränkungen der Angebote stehen dabei, so die vielfache Rückmeldung von Befragten, in deutlichem Widerspruch zu einer tendenziell steigenden Nachfrage, die aber schlicht immer weniger bedient werden kann.

Qualitativ macht sich die schwierige finanzielle Lage u.a. durch eine Verschlechterung des Verpflegungsangebotes bemerkbar. Getränke- und Speiseangebote werden verkleinert, gespart werden muss an gesundem Essen („statt bio - billig!“, weniger Auswahl und Rücksichtnahme auf besondere Ernährungsbedarfe, weniger Obst- und Gemüsekauf). Reduziert werden zudem Kultur- und Freizeitangebote: gespart wird bei Ausflügen, Sport- und Bildungskursen sowie geselligen Angeboten, kurz: alles, was zusätzliche Sach-, Fahrt-

und/oder Personalkosten verursachen würde, aber auch an hauswirtschaftlichen Leistungen. Reparaturen und Neuanschaffungen werden aufgeschoben. Notfallfinanzierungen oder Angebote, bei denen man in Vorleistung gehen müsste, können nicht mehr angeboten werden.

Negative Auswirkungen gibt es zudem, so zeigt die Umfrage, für die regionale Verteilung der Hilfsangebote. Konnte schon vorher von einer flächendeckenden Versorgung in vielen Bereichen kaum die Rede sein, so wird nun von einer Zentralisierung von Angeboten berichtet, die mit einem Verlust sozialer Infrastruktur in ländlichen Regionen bzw. einzelnen Stadtteilen einhergeht. Auch wird ein Verlust an konzeptioneller Vielfalt der Trägerlandschaft bereits jetzt mancherorts spürbar, mit dem auch eine Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts einhergeht.

Die Liste der Beispiele bereits weggefallener Angebote, die die Befragten anführen, ist lang und umfasst das gesamte Spektrum an Rat und Hilfe für

Menschen, die darauf angewiesen sind: Von dem Beratungsangebot für Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen, über die Migrationsberatung, Angebote der Suchtprävention, der Trauerbegleitung, des Gewaltschutzes oder der Straffälligenhilfe bis zur der Schuldnerberatung; von der Hausaufgabenhilfe über den offenen Jugendtreff, das queere Frühstück und die Obdachlosenhilfe bis zur Seniorenbetreuung; ob Beratung für psychisch erkrankte Menschen, Wiedereingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung für Jugendliche ohne Berufsausbildung oder Teilhabeangebote für Menschen mit Behinderungen.

Dabei markiert dies erst den Anfang: 65 Prozent der Befragten gehen bereits jetzt davon aus, kurzfristig (noch in diesem Jahr oder spätestens ab 2024) weitere Angebote/Leistungen einschränken oder ganz einstellen zu müssen (Abbildung 7). 59 Prozent der Befragten rechnen zudem in den kommenden Monaten mit (weiteren) Einschnitten auf der Einnahmeseite (Abbildung 8, S.11).

Abb 7:

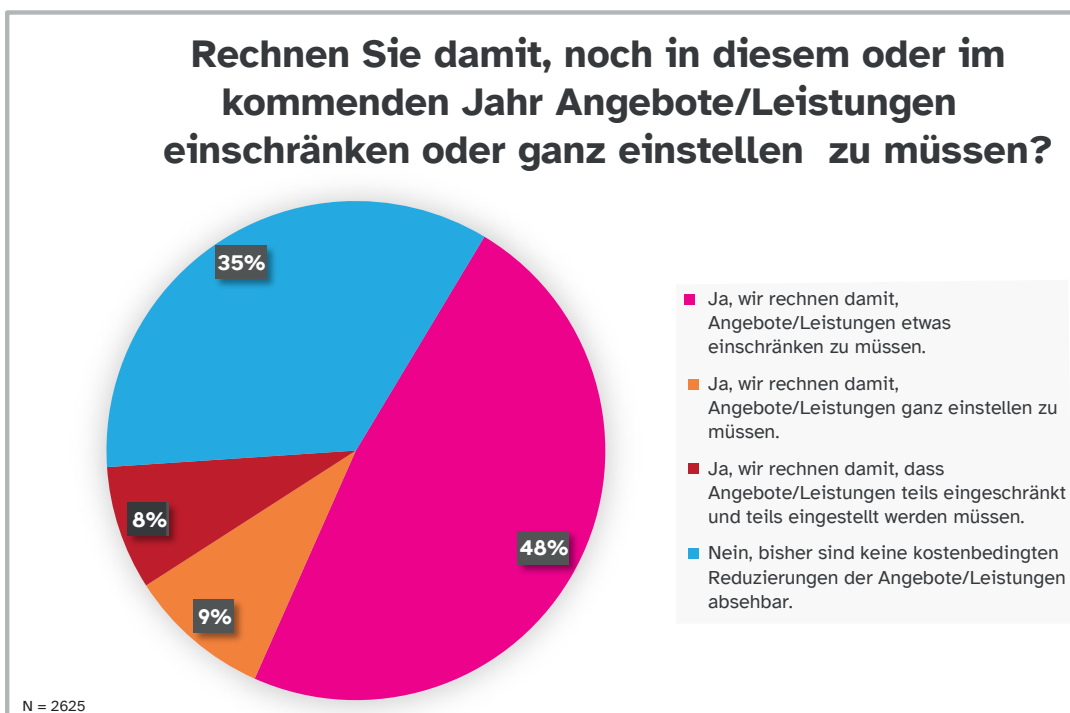
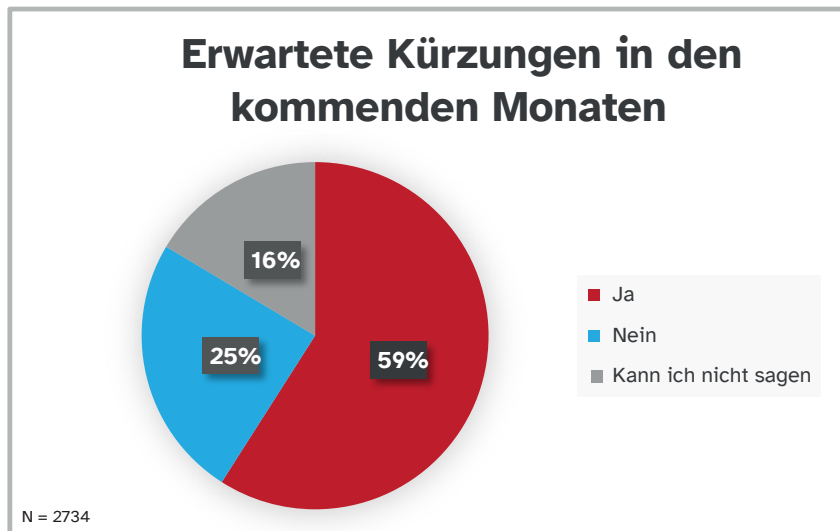


Abb 8:



*„Wenn wir unser Beratungsangebot für Migrant*innen und Geflüchtete komplett einstellen oder zumindest einschränken, würden diese Klient*innen bei den Sozialarbeitenden der Gemeinde Landen, die jedoch jetzt schon vollkommen aus- und gar überlastet sind.“*

„Mit dem geplanten Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der Aufstockung der Integrationskurse erwarten wir mehr Menschen in der Beratung. Die geplante Kürzung der MBE-Mittel steht im Widerspruch dazu und ist nicht integrationsfördernd. Wenn wir die Anzahl der Beratungsstellen drastisch kürzen, wird das schwere Folgen haben.“

„Wir erleben, dass es keine niedrighschwelligem Zugänge zu Beratungsangeboten mehr geben wird. Bei Hilfen bei der Antragstellung zu existenzsichernden Leistungen waren wir die Einzigen, die mit Allgemeiner Sozialer Beratung geeignete Angebote vorhielten.“

Impressum:

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt (AWO), Der Paritätische, Diakonie Deutschland

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
Oranienburger Str. 13-14 | 10178 Berlin
Telefon 030 24636-0 | Telefax 030 24636-110
E-Mail: info@paritaet.org
Internet: www.der-paritaetische.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Gwendolyn Stilling, Der Paritätische Gesamtverband

Gestaltung: Christine Maier, Der Paritätische Gesamtverband

16. Oktober 2023